

# Rückkehr zur bindenden Grundschulempfehlung in BaWü

Beitrag von „Kris24“ vom 3. April 2024 16:10

## Zitat von Yummi

Nein. Realschüler können nicht auf allgemeinbildenden Gymnasien wechseln. Das Abitur kann nur auf beruflichen Gymnasien erlangt werden.

Die Realschulen wurden analog zu den beruflichen Schulen massiv benachteiligt. Das sah man alleine bei der Einführung der Gemeinschaftsschulen schon bei den Stellenausschreibungen. Schulscharfe Bewerbungen gab es kaum welche. Der weit überwiegende Teil wurde über die Liste im Juni verteilt.

Die ganzen beruflichen Schulen brauchten dringend neue Kollegen und konnten nicht planen.

Die ganzen Ressourcen, und das nehmen Kommunen dann gerne als Schulträger floss vor allem in die Gemeinschaftsschulen. Das ländliche Räume dass dann gerne akzeptieren ist klar; die Alternative ist Standortzusammenlegung /-schließung. Da akzeptiert man eher die Kröte der Ideologie.

Allen voran KMin warminski-Leitheußer, die es aber dann nicht lange sein durfte.



Doch. Wir hatten solange es G9 gab jedes Jahr mehrere Realschülerinnen (Mädchenrealschule), die zu nach Klasse 10 erfolgreich wechselten (also ohne Zeitverlust). Jetzt gibt es Diskussionen, "warum sie die 10. Klasse noch einmal machen müssten" und weniger Wechsel. Sie wechseln zum beruflichen Gymnasium (und benötigen zwar auch 3 Jahre, "aber das ist G9"). Aber natürlich ist Wechsel zulässig (und fast immer erfolgreich).

Auch der Rest ist nicht verständlich. Was hat Elternwille (nur Gymnasium für ihre Kinder mit Realschul- und Gymnasiumempfehlung) mit Landespolitik zu tun? Bei uns gibt es noch keine Zwangszuweisung von Schülerinnen und Schülern wie plattypus schrieb. Wir dürfen überraschend noch eine 5. Klasse mehr öffnen (und haben keinen zukünftigen Raum für G9, deshalb wird verbindliche Grundschulempfehlung wieder überlegt). Dadurch wurden Realschulen oftmals zu "Hauptschulen" und niemand ging mehr auf Hauptschulen.

Fast alle unsere Gemeinschaftsschulen entstanden, um die Hauptschule vor Ort zu "retten". Irgendwelche Bevorzugung wurde zwar von irgendwelchen CDU-Lokalpolitiker vor Ort vorgeworfen (die selbst das Geld als Schulträger verteilten), stimmt bei uns aber nicht. Es bestand die Wahl zwischen Schließung der Schule oder Umwandlung (Neugründungen gab es

gar nicht).

Noch einmal, die meisten baden-württembergischen Schulträger sind CDU-regiert. Also stimmt das mit Bevorzugung durch Grüne bzw. SPD auch nicht.

.